

Debatte um Definitionen

Zu: „Blühendes jüdisches Leben“, FR-Meinung vom 27. Januar

Mit Recht erinnert Frau Kahane daran, dass das jüdische Leben in Deutschland nach dem Menschheitsverbrechen des Holocaust nur durch die Einwanderung russischer Jüdinnen und Juden wieder gestärkt werden konnte. Ebenso hat sie leider recht, dass Antisemitismus in Deutschland wieder zunimmt. Sie schadet aber ihrem Anliegen, diesen zu bekämpfen, wenn sie falsche Tatsachenbehauptungen aufstellt. Sie behauptet, dass Juden in Deutschland nicht bestimmen dürften, was Antisemitismus sei. Fakt ist, dass die in Deutschland gängige Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ganz stark vom Staat Israel beeinflusst wurde, um Kritik am Staat Israel möglichst als Antisemitismus zu kennzeichnen und damit abzuweisen, wie jüngste wissenschaftliche Studien belegen (zum Beispiel die von Peter Ullrich).

Die Absicht, solche Kritik grundsätzlich abzuweisen, hat sie offenbar selber. Denn sie verteidigt die These, dass alle Kritik am Staat Israel antisemitisch sei. Damit setzt sie sich in Widerspruch zum Grundgesetz. Inzwischen haben mehrere Gerichte in Deutschland festgestellt, dass sogar die gewaltfreie Bewegung „Boycott, Desinvestition, Sanktionen“ (BDS) zur Überwindung der Völkerrechtsverletzungen an den Palästinensern durch den Staat Israel unter dem Schutz der Meinungsfreiheit in GG Art. 5 steht. Das wäre nicht der Fall, wenn sie als solche antisemitisch wäre.

Ulrich Duchrow, Heidelberg

Was andere verpulvern

Zu: „Vorstoß für Tempolimit gescheitert“, FR-Region v. 21.01.

Wie rückschrittlich denken die Menschen denn im Hessischen Landtag? Es ist bekannt und vor allem seit Jahren erprobt, dass niedrige Geschwindigkeiten enorm viel CO₂-Ausstoß einsparen. Wer vertritt uns Bürger denn im Landtag? Wie kommt man sich vor, wenn man versucht, alles Mögliche einzusparen, wo andere es wieder verpulvern?

Ute Wittich, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/tempolimit-3

SORRY

In unserem Hintergrundbericht über den Ball des Sports („Keiner sang öfter als Roberto Blanco“) vom 29. Januar, Seite D4, haben wir geschrieben, dass bei der Premiere im Jahr 1970 Bundeskanzler Kiesinger Gast gewesen sei. Doch Kiesinger amtierte nur bis 1969.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Lügt die Presse? – Wie Nachrichten entstehen“. Eintritt zehn, Studierende fünf Euro, Schülerinnen und Schüler frei.
Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr
Ludwigskapelle, Kommerzienrat-Wagner-Straße 1 B, Wachenheim an der Weinstraße

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18.30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der allen guttut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 3. März, 18.30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Präsentation des Wissensromans „Vom Ende der Langsamkeit“ von Ortrud Toker, Gespräch mit der Autorin und Lesung,
Dienstag, 3. März, Beginn 20 Uhr (Einlass ab 19 Uhr)
Frankfurt, Kulturzentrum Die Fabrik, Hasenpfad 5

Gute Europäer oder Insulaner?

Briten: „Der Tag des Brexit“, FR-Politik v. 31.01., und „Kein Grund zu feiern“, FR-Meinung (Leitartikel) v. 31.01.

„Die wohlfeilste Art des Stolzes“

Den Ansatz zu einem Programm Englands hatte 1851 schon ein geistreicher Analytiker geliefert. Was zur gegenwärtigen Präferenz von Nationalismus und Populismus statt „Einer Welt“ und „Geburt Europas aus dem Mittelalter“ (Jacques Le Goff) zu sagen wäre, gilt noch immer:

„Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt. Wer bedeutende persönliche Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Nation, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein: hieran erhält er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Torheiten, die ihr eigen sind, mit Händen und Füßen zu verteidigen. Daher wird man unter fünfzig Engländern kaum mehr als einen finden, welcher mit einstimmt, wenn man von der stupiden und degradierenden Bigotterie seiner Nation mit gebührender Verachtung spricht: der eine aber pflegt ein Mann von Kopf zu sein.“ [...] „Übrigens überwiegt die Individualität bei weitem die Nationalität, und in einem gegebenen Menschen verdient jene tausendmal mehr Berücksichtigung als diese. Dem Nationalcharakter wird, da er von der Menge redet, nie viel Gutes ehrlicherweise nachzurühmen sein.“



Ziemlich düster über Westminster.

ALASTAIR GRANT/DPA

Schopenhauer hat aber einzelne Repräsentanten der englischen Kultur auch hochgradig wertgeschätzt.

Heinz Markert, Frankfurt

Stets schwieriges Verhältnis zu Europa

Dass der Austritt Großbritanniens eine wirtschaftliche und politische Schwächung der EU ist, dürfte nicht zu bezweifeln sein und ist daher auch zu bedauern. Zu widersprechen ist aber der Aussage, die Briten seien gute Mitglieder der EU gewesen. Zu erinnern ist daran, dass die frühere Premierministerin Thatcher mit ihrer Forderung „I want my money back!“ tatsächlich durchsetzen konnte, dass Großbritannien im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weniger an die EU überwies als die anderen Länder. Gute Europäer?

Insbesondere Großbritannien hat eine neoliberale Wirtschaftspolitik vertreten, deren

Deregulierungswahnsinn eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise 2008 war.

2011 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Dass einige EU-Mitglieder 2003 die USA beim völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak unterstützten, wurde dabei wohl irgendetwas übersehen. Wichtigster Komplize der USA in Europa war Großbritannien, das die USA wohl auch beim Foltern unterstützte (Stützpunkt der USA auf der zu GB gehörenden Insel Diego Garcia).

Wie passt das zu der immer wieder zu hörenden Aussage, die EU sei eine Wertegemeinschaft? Dieser Golfkrieg zerstörte die politische Architektur der Region und war eine der Ursachen der seit 2015 gestiegenen Flüchtlingszahlen. Aber auch hier verweigerten die Briten Solidarität. Wir sollten diesen guten Europäern nicht nachtrauern.

Manfred Schulz, Herford

Diskussion: frblog.de/brexit/

Messe muss mobil bleiben

IAA: „Abgang mit Ansage“, FR-Region (Kommentar) v. 31.01., und „Der OB soll zurücktreten“, FR-Region v. 31.01.

Der Rückzug stand bereits fest

Die Herren der deutschen Autoindustrie haben der stolzen Stadt Frankfurt eine Absage hinsichtlich der künftigen internationalen Automobil-Ausstellungen erteilt. Das ist zunächst einmal ein herber Verlust für die Messe in Frankfurt. Kann aber auch eine zukunftsorientierte Chance für eine Neuausrichtung des Messeschäftes sein.

Das Auto in seiner jetzigen Form hat langfristig keine Zukunft. Deshalb ist das jetzige Gehabe der Autoindustriellen zum großen Teil Schaumschlägerei. Wer nach fast 70 Jahren als Messeschicksler die Vorteile dieses Standortes in Zweifel zieht, versteht offensichtlich wenig von diesem Geschäft.

Deshalb war es ein Fehler, dass die Stadt Frankfurt eine solch aufwendige Bewerbung abgab und noch den Hessischen Ministerpräsidenten zum Katzbuckeln einlud. Es stand doch fest, dass man Frankfurt verlas-

sen will. Also hätten zwei Sätze als Bewerbung ausgereicht: Sie haben 70 Jahre Erfahrung in Frankfurt sammeln können. Wenn Sie irgendwo bessere Bedingungen sehen, dann gehen Sie dahin. Dies wäre m. E. die passende Antwort einer Stadt wie Frankfurt auf den gewollten Affront gewesen.

Horst Köder, Hochheim

Bewusstsein auf hohem Niveau

Das ist mal wieder typisch! Da fällt einem Politiker nichts anderes ein, als den Kritikern des Autotages, der Automobilindustrie und der IAA vorzuwerfen, „diese Schlüsselbranche der deutschen Wirtschaft infrage“ zu stellen. Ist es denn tatsächlich so, dass unsere „Politiker“ nichts anderes können, als bestehende und zum Untergang verurteilte Zustände auf „Teufel komm raus“ zu verteidigen, auch wenn das gesellschaftliche Bewusstsein schon ein viel höheres Niveau erreicht hat.

Wissen wir doch alle: So kann es nicht mehr weitergehen mit dem Autoverkehr. Es wäre allerhöchste Zeit, dass die schon seit langem bekannten „alternativen Handlungskonzepte“ angegangen würden. Der Zeitpunkt für ein „sanftes“ Umsteuern ohne heftige Eruptionen ist eigentlich schon verpasst. Wir haben einfach nicht mehr die Zeit dazu. Trotzdem: Je schneller die allseits bekannten Vorschläge in konkrete Politik umgesetzt werden, desto weniger heftig werden die Folgen sein.

Hans Contier, Wadern

Auch eine Frage der Mobilität

IAA hin, IAA her: Meiner Ansicht nach hätte OB Feldmann wegen der AWO-Affäre längst zurücktreten müssen. Dass er nicht wusste, dass seine Ehefrau ein überhöhtes Gehalt bezieht und einen zu großen Dienstwagen fährt, ist in meinen Augen ungläubwürdig.

Roland Benz, Frankfurt